

Spendenaktion für DDR-Niedergelassene läuft weiter

„Wir wenigen Niedergelassenen waren immer eine gerade eben tolerierte Minderheit, die schwer arbeiten durfte, aber sonst auf keinerlei Hilfe rechnen konnte. Für Ihre Unterstützung möchten wir uns ganz herzlich bedanken.“ Das ist eine von vielen Reaktionen niedergelassener Ärzte in der DDR, die Unterstützung von der Hans-Neuffer-Stiftung erhalten haben. Die Spendenaktion der Hans-Neuffer-Stiftung zugunsten der DDR-Niedergelassenen läuft weiter. Die Stiftung der Bundesärztekammer will sich weiterhin darum bemühen, der Ärztegruppe finanzielle Hilfe zukommen zu lassen. Ziel der Stiftung: Jeder niedergelassene DDR-Arzt soll 500 DM erhalten, mit denen er bei einer bundesdeutschen Firma Sprechstundenbedarf kaufen soll.

Die Bundesärztekammer will ihre Aktion so lange weiterlaufen lassen, wie sich bundesdeutsche Ärzte bereithalten, für ihre Kollegen in der DDR zu spenden. Bisher, so die Kammer, sei die Reaktion auf den ersten Spendenaufruf im Januar und den zweiten Aufruf im Mai allerdings verhalten. Erfreulich für die Kammer war das Engagement von Dagmar Dinkloh aus Bonn: Zum Tode ihres Mannes bat sie statt Blumen um Spenden für die Hans-Neuffer-Stiftung. Allein davon profitierten 5 DDR-Ärzte.

30 000 DM sind mittlerweile auf dem Spendenkonto eingegangen. Damit konnten insgesamt rund 50 niedergelassene Ärzte aus allen Regionen der DDR unterstützt werden.

Sie sind auf die Unterstützung angewiesen. Das zeigen ihre Reaktionen, wenn sie ihre Spende erhalten haben: Scheinbar selbstverständliche Dinge wie Arztkittel, Einweguntersuchungs-Material oder simple Fußmatten, die niedergelassene Ärzte in der DDR bislang kaum bekommen konnten, stellen einen Großteil dessen, was sie mit der Spende erwerben. Aber auch Produkte, die die Organisation der Praxis erleichtern,

sind beliebt. Vor allem Anrufbeantworter stehen bei den DDR-Niedergelassenen hoch im Kurs. Um Vertrauen zu ihren Patienten aufzubauen, ist so ein Gerät für sie wertvoll. Die Patienten fühlen sich sicherer, wenn sie ihrem Arzt Probleme schildern können und sie wissen, wo und wann er zu erreichen ist, sollte seine Praxis nicht besetzt sein.

Doch die Hilfe aus der Bundesrepublik erleichtert nicht nur den Alltag. Sie ist für viele auch eine moralische Unterstützung. Ein Arzt aus Zschorlau im Erzgebirge schreibt in einem Brief an die Bundesärztekammer: „Seien Sie sicher, daß Ihre Materialien nicht allein ökonomische Hilfe sind, sondern ein wenig Hoffnung und Optimismus geben. Gerade für uns Kollegen in eigener Niederlassung ist dies jetzt besonders wichtig.“

Spendenkonto: Deutsche Apotheker- und Ärztebank Köln: 0 201 786 970 (BLZ 370 606 15). Die Spenden können von der Steuer abgesetzt werden. hb

Volksabstimmung über „Platzspitz“

„Platzspitz“ heißt ein Areal in der Stadt Zürich, an dem sich die Drogenwelt trifft. Die Stadt bemüht sich seit langem mit wechselndem Erfolg, dort Hilfen anzubieten: Baracken mit Beratungsstellen oder mit der Möglichkeit, warme Mahlzeiten zu bekommen; sterile Spritzen werden ausgegeben, benutzte zurückgenommen – alles Dinge, die ohnehin schon am Rande der niedergeschriebenen Legalität liegen.

Der Zürcher Stadtrat hat nun ein Zehn-Punkte-Programm entworfen, mit dem er der Sache mehr als bisher Herr werden möchte. Es brennt auf den Nägeln, denn Zürich ist der Drogenschwerpunkt der Eidgenossenschaft. Neun der zehn Punkte sind ziemlich unumstritten und auch anderswo in der Diskussion, oder sie werden schon praktiziert. Nur eine knappe Mehrheit fand im Stadtrat aber einer der zehn Punkte: Es soll die Möglichkeit eröffnet werden, daß die Stadt Heroin-

abhängigen ihren „Stoff“ zur Verfügung stellt, damit sie ihn sich nicht kriminell beschaffen müssen.

Immerhin sind einige Kautelen daran geknüpft: Es muß sich um Zürcher Bürger handeln. Und sie müssen sich den „Stoff“ unter Aufsicht geben lassen und wahrscheinlich auch unter Aufsicht spritzen – letzteres, damit sie ihn nicht verkaufen. Vorgesehen ist auch eine intensive psychosoziale Betreuung, der sich die Auserwählten unterziehen müssen.

Da fragt man sich, warum man dann nicht lieber ein Methadon-Programm macht: Die Kriterien sind ungefähr dieselben. Bei Methadon ist man in Zürich nicht zimperlich. Es gab dort wohl die ersten Methadon-Programme überhaupt in Europa, allerdings mit geringem Erfolg, meinen viele; andere meinen das Gegenteil.

Weil das alles Geld kostet, kann es erst in Kraft treten, wenn es in einer Volksabstimmung gebilligt worden ist. Die findet voraussichtlich im Dezember statt. Man darf gespannt sein, was dabei heraus kommt. Schon bei Methadon gibt es nicht einmal unter den hochkarätigen Experten einen Konsens; die Frage des öffentlichen Heroinangebots ist selbst unter Experten noch nicht einmal richtig umstritten, weil sie bisher kaum gestellt worden ist. Und darüber sollen nun der Universitätsprofessor, der Regierungsbeamte, der Devisenhändler, der Zimmermann, der Straßenbahnschaffner und die Hausfrau abstimmen?

Wenn man dann noch berücksichtigt, daß Schweizer Volksabstimmungen, also die vielgerühmte „direkte Demokratie“, nur dreißig bis fünfunddreißig Prozent der Stimmbürger an die Urnen bringen, dann wird dieses Instrument der politischen Entscheidungsfindung vollends fragwürdig. Wer von den genannten Stimmbürgern kann denn aus Expertenwissen entscheiden, wer entscheidet emotional – und: wer kommt zur Urne, wer bleibt zu Hause?

Wir sollten uns also hüten, aus dem zu erwartenden Zürcher Ergebnis irgendwelche „Experten“-Schlüsse zu ziehen. bt